

„Multipolarität“ – eine europäische Lehre aus dem Krieg: „Den Frieden kann kein Staat allein gewinnen.“ (de Villepin, französischer Außenminister)

Die USA und Großbritannien haben ihren Krieg erfolgreich durchgezogen, und alle Welt redet nun von der „Nachkriegsordnung“. Auch die Staaten, die vor dem Krieg Nein sagten, wollen ein Wörtchen mitreden, wenn es darum geht, wie bzw. von wem diese „Nachkriegsordnung“ in Angriff genommen werden soll. Staaten wie Frankreich und Deutschland rücken mit der „Idee“ an, die UNO, soeben von den USA übergangen, solle wieder ins Spiel kommen, die „Nachkriegsordnung“ müsse – so die einschlägige Formel – „unter dem Dach der UNO“ errichtet werden. Die Forderung einer Rückkehr zur „alten“ UNO und zum „alten“ Völkerrecht ist das *nicht*, denn dann müsste die Formel lauten: „legitimiert und angeleitet durch die UNO“ – und das ist von den USA, die die UNO ja schon für „irrelevant“ erklärt haben, ganz gewiss nicht zu haben. Was unter diesem „Dach“ nun passieren soll, ist ziemlich unbestimmt, nämlich in den Verhandlungen bzw. Auseinandersetzungen der Neinsager mit den USA überhaupt erst zu ermitteln. Der Inhalt dieser Auseinandersetzungen ist jedoch klar: Sache der USA *allein* darf diese „Nachkriegsordnung“ – so die Neinsager – nicht sein. Dafür werfen Deutschland und Frankreich altbekannte Begriffe in die Debatte: Man müsse die USA von ihrem „unipolaren“ oder „unilateralen“ – also eigenmächtigen – Handeln abbringen, es müsse doch wieder mehr „Multipolarität“ oder „Multilateralismus“ herrschen – also *viele* Staaten müssten in der Weltpolitik mitentscheiden dürfen. Wünschen sich Staaten wie Deutschland und Frankreich wirklich, dass möglichst *viele* Staaten mitmischen – je „multi-“, desto besser? Oder verstecken sie nicht vielmehr in dieser Formel den Anspruch, dass *sie* zu den *wenigen* Mächten gehören, auf die die *vielen anderen* Länder auf der Welt hören müssen? Mit der Forderung nach Multipolarität geben sie vor, Vertreter einer anderen *Methode* der irakischen „Nachkriegsordnung“, wenn nicht des Ordens von Staaten überhaupt zu sein – so nach dem Motto: Wenn *viele* es tun, ist es doch besser, als wenn es *einer alleine* macht. Sie tun so, als wollten sie für alle Seiten nützliche Beiträge leisten, auf die auch die USA nicht verzichten könnten; in den Worten des französischen Außenministers de Villepin: „Den Frieden kann kein Staat allein gewinnen“. Was sie tatsächlich tun, ist: Sie reagieren auf die *Fakten*, die der Krieg *gesetzt* hat. Den Krieg haben die Alliierten gewonnen, zudem nach den Kriterien der Staatenwelt ziemlich eindrucksvoll, und damit für die Region, wenn nicht für die ganze Welt eine neue Faktenlage geschaffen. *Das ist zu akzeptieren*, darauf müssen die Staaten, die einmal unter dem Firmenschild „Kriegsgegner“ antraten, sich einlassen. Zugleich wollen Frankreich, Deutschland und auch Russland den Alliierten die alleinige Hoheit über diese neugeschaffene Faktenlage nicht überlassen, wenn sie beanspruchen, an den *Ergebnissen* dieses Krieges *beteiligt* zu werden. Das melden sie mit der Formel „unter dem Dach der UNO“ an und drücken damit aus, dass sie das Hinweggehen der USA über UNO und „altes“ Völkerrecht zwar nicht rückgängig machen können, dass sie das aber *so* nicht anerkennen wollen und sich als Mit-Weltordner nicht einfach übergehen lassen werden. Mit dem Titel „Multipolarität“ ersetzen sie den Vorkriegsstreit um die Legitimation des Krieges durch die Frage nach der Instanz, die legitimiert ist, über die irakische Nachkriegsordnung zu entscheiden. Die Frage „Ist das ein gerechter Krieg?“ ist jetzt nicht mehr der Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung, zu dem sie vor dem Krieg gemacht wurde. Sie ziehen damit die Konsequenz daraus, dass es im Rechtsleben der Staaten eine allen übergeordnete Rechtsinstanz eben nicht gibt, von der sich alle Mächte für ihre Kriege die Genehmigung abholen lassen müssen. Staaten verschaffen sich vielmehr nur das als ihr Recht, was sie mit ihrer *Gewalt*

durchsetzen *können*, und daraus wird allgemeines Völkerrecht, sofern die anderen Staaten die neu geschaffene Lage *anerkennen*. Genau um diese Frage geht es den Neinsagern jetzt, wenn sie aufgrund der durch den Krieg geschaffenen neuen Lage von einer *faktischen Zuständigkeit* der USA und ihrer Alliierten für das Kriegsgebiet *ausgehen*, diese jedoch nicht als legitim *anerkennen* wollen. Die alten Streitpunkte aus der Zeit *vor* dem Krieg aufzuwärmen, ist da völlig sinnlos, vielmehr muss man sich nun darüber streiten, *wie* die Zuständigkeit beschaffen sein soll. Deutschland und Frankreich lassen zwar ihre Warnungen vom Stapel, eine verteuft „schwierige Situation“ sei durch den Krieg entstanden: Wie soll man denn die vielen entgegengesetzten, ja, verfeindeten Interessen und Parteien unter einen Hut kriegen? Kann man sich für den Nahen und Mittleren Osten überhaupt eine „Stabilität“ vorstellen? Aber diese Warnungen sind nie dafür gut, selbst die Finger davon und die USA ihren Dreck alleine wegräumen zu lassen. Sie sind im Gegenteil die Willensbekundung, bei diesem Teufelsgebräu unbedingt *dabei sein* zu wollen – ja, zu *müssen!* Denn Abseitsstehen und Nichteinmischung der „Kriegsgegner“ würde deren Ordnungs- und Kontrollansprüche, die sie für die Region und darüber hinaus beanspruchen und die die USA mit ihrem Krieg ignoriert haben, noch fadenscheiniger werden lassen, als sie durch das machtvolle Vorschreiten der USA schon sind. Wegen dieser Ansprüche waren die Neinsager *vor* dem Krieg *gegen* den Krieg und wegen dieser Ansprüche kommt es für sie *nach* dem Krieg nicht in Frage, die USA ungestört ihr Ordnungswerk vorrichten zu lassen. Vielmehr legen sie es auf eine Störung in dem Sinne an, dass sie ganz eigene „Vorstellungen“ und „Ideen“, also eigene *politische Zwecke* geltend machen wollen, wobei Konflikte mit dem, was die USA an Regelungsbedarf ausgemacht haben, vorprogrammiert sind. Nur so ist nämlich gewährleistet, dass an diesem Ordnungswerk auch *ihr* eigenständiges Mit-Ordnen erkennbar wird – und wenn aufgrund von Zuständigkeitsstreitigkeiten der „Wiederaufbau“ in Schwierigkeiten gerät, dann ist das eben zugunsten des hohen Gutes „Multipolarität“ in Kauf zu nehmen. Gleichzeitig kleiden Deutschland und Frankreich ihre Forderung nach Mitsprache bei der Nachkriegsordnung als Hilfestellung für die USA ein: Eine Resolution des Sicherheitsrats würde ihrer Besetzung des Iraks den Ruch einer Fremdherrschaft nehmen; aus einem durch bloße Gewalt eingerichteten Besatzerregime würde eine international anerkannte, also *legitimierte* Übergangsregierung; der Frieden, den sie im Irak und darüber hinaus in der ganzen Region stiften wollen, würde dank internationaler Anerkennung stabiler. Da kommt das Angebot aus Washington: Frankreich und Deutschland könnten sich doch unter ihrem „Dach“ UNO um die „humanitäre Hilfe“ verdient machen. Doch merkwürdig – da machen sie lange Gesichter und spreizen sich, dabei wäre das doch mal eine Gelegenheit, Solidarität mit einem „geschundenen Volk“ zu beweisen, sich selbst als wohlmeinende Nation ohne eigensüchtige Interessen darzustellen und damit den guten Eindruck in der Welt zu machen, dessen Fehlen sie den USA vorwerfen. Stattdessen wird ein wenig herummoralisiert – selbstverständlich lässt „uns“ das „Leiden der Menschen im Irak“ nicht ungerührt und selbstverständlich werden „wir uns“ darum kümmern. Aber dann wird das „Angebot“ geprüft, ob man sich unter dem Titel „humanitär“ ein Stück *Ordnungsmacht* im Irak verschaffen kann. Weil und solange sich das nicht herauskitzeln lässt, heißt es schließlich: So lassen „wir uns“ nicht abspesen! Natürlich wieder mit einem nachgeschobenen Moralismus: Die, die mit dem Schießen angefangen haben, sollen sich auch um die Opfer küm-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 Mitte

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Schröders Agenda 2010: Deutschlands Erfolg und soziale Sicherheit schließen sich aus

100 Jahre lang galt die Einsicht, dass der Kapitalismus sozial gebändigt werden muss, weil die Arbeiter ohne staatliche Nachhilfen vom Lohn nicht einmal leben können.

Heute vertreten Sozialdemokraten, dass die sozialen Sicherheitssysteme ein einziger Grund für Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und Armut sind.

Der Kanzler sagt es gerade heraus: Der Kapitalismus kann nur wieder blühen, wenn niemand versucht, die zu ihm gehörige Armut zu korrigieren.

Donnerstag, 05. Juni 2003, 20.00 Uhr
K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM), Weißer Saal
Nürnberg, Königstr. 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Regierungsschelte von rechts im Namen von unten: Demokratische Kritik in Zeiten der Krise

1. Der politischen Weisheit erster und letzter Schluss aus der Krise: mehr Klassenkampf von oben tut Not.

Nein, die Stimmung ist nicht gut in Deutschland. Die Nation verzeichnet umfassende Misserfolge, das Wachstum bleibt aus, die Arbeitslosenzahlen nehmen zu, immer neue Löcher im Staatshaushalt tun sich auf, aus Brüssel wird wegen der wachsenden Staatsverschuldung ein Blauer Brief fällig – und je länger der Zustand andauert, umso einsinniger wird er der Regierung zur Last gelegt: Anstatt Deutschland entschlossen aus der Krise zu führen – so lauten offenbar die Erwartungen der kritischen Öffentlichkeit an die Regierung –, habe „die Koalition ein Tohuwabohu veranstaltet“, von einem „Konzept“ sei bei dieser Regierung „nichts zu erkennen“; bei dem, was sie anpacke, mache sie lauter „handwerkliche Fehler“. Wird in Deutschland überhaupt noch regiert? – fragen sich die politischen Betrachter der Szene, und zwar nicht nur die von der Opposition. In Sorge um das Wohl der Nation vermitteln überparteiliche Medien alle ziemlich denselben Eindruck, in Deutschland regiere weniger die Regierung als vielmehr das „blanke Chaos“.

Leidet die Nation an einer kollektiven Wahrnehmungsstörung? Denn was heißt hier, „es wird nicht regiert“ und „kein Konzept“! Kaum für weitere vier Jahre ermächtigt, schafft der Bundeskanzler die beiden Superministerien für Wirtschaft und Arbeit und fürs Renten- und Gesundheitswesen, um energisch die Kräfte für eine Krisenpolitik zu bündeln, die einer insgesamt sehr übersichtlichen Leitlinie folgt: Wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst und der Staat deswegen in eine finanzielle Notlage gerät, muss erstens der Staatshaushalt saniert werden, zweitens sind die Wachstumsbedingungen zu verbessern, und das heißt: Von Staats wegen ist es dann gleich aus zwei ganz und gar unabwiesbaren Gründen erforderlich, die Bemühungen der Unternehmer im Lande, sich durch Angriffe auf den Lebensstandard ihrer werten ‘Mitarbeiter’ für die ausbleibenden Gewinne schadlos zu halten (durch Entlassungen, durch Streichen von Lohnbestandteilen, durch erpresste Mehrarbeit...), um eine *Politik der Volksverarmung* zu ergänzen. Dementsprechend gründlich stellt die Regierung das ganze sozialstaatlich verfasste Gemeinwesen auf den Prüfstand und mustert es daraufhin durch, was sich an Rentnern, Kranken und Arbeitslosen einsparen lässt, deren Lebensunterhalt ja nicht nur die Sozialkassen belastet, sondern in Gestalt von Lohnnebenkosten auch die Unternehmer; sie prüft, wo der Fiskus noch Zugriff auf Einkünfte und Kaufkraft der Gesellschaft nehmen kann – möglichst „wirtschaftsverträglich“, versteht sich, also schon

wieder ziemlich klassenspezifisch zu Lasten der eher abhängig beschäftigten Massen; und erkundet, wie sich die Ausbeutungsbedingungen in Deutschland grundlegend verbessern lassen – durch Beseitigung von Kündigungsschutzregeln und tariflichen Verpflichtungen, durch die Schaffung neuartiger, für die Betroffenen natürlich grundlegend schlechterer Beschäftigungsverhältnisse, durch die Einrichtung eines Niedriglohnssektors etc. Gemäß der Maxime, dass der ganze Laden verschärft klassenstaatlich durchsortiert werden muss, konkurriert unter Anleitung des Kanzlers und seiner Superminister die gesamte politische Führung mit einschlägigen Vorschlägen um glaubwürdige Beweise ihrer Tatkraft. Und es bleibt nicht bei Vorschlägen – es passiert ja nicht nichts. Die sozialdemokratisch geführte Regierung krepelt ihren Laden nach dieser Maxime tatsächlich ziemlich entschlossen und systematisch um – als wäre gerade die Sozialdemokratie an der Macht sich und ihrer Nation den Beweis schuldig, dass sie in Sachen ‘unpopuläre Maßnahmen’ nichts anbrennen lässt.

Wahrgenommen und kritisiert aber wird ihre Krisenpolitik von der breiten Front ihrer ‘Kritiker’, von christlichen und liberalen Oppositionspolitikern, von den Wirtschaftsverbänden und von einer kritischen Öffentlichkeit als Mangel an Führung, als Dokument fehlender Tatkraft – und zwar genau auf dem Feld, auf dem die Regierung nun wirklich nicht untätig ist. Der Grund dafür ist weiter kein Rätsel, und er wird der Regierung ja auch nicht selten direkt zum Vorwurf gemacht: Der beabsichtigte Effekt ihrer Politik bleibt aus, es stellt sich kein Wachstum ein. Und nach der Logik, dass sonst ja der Effekt eingetreten wäre, wird aus der Erfolglosigkeit ihrer politischen Taten munter der vorwärts weisende Schluss gezogen, dass sie es an solchen hat fehlen lassen.

Für die *Opposition* ist die Misere der Regierung natürlich ein Glücksfall. Mit der Regierung teilt sie die Überzeugung von der unbedingten Wirksamkeit einer durchgreifenden Staatsmacht, die den Standort konsequent dem Zweck der Kapitalvermehrung und damit dem privaten Bereicherungsinteresse der Unternehmer unterwirft. Mit der Überzeugung steht in der Krise aber nicht sie, sondern die Regierung auf dem Schlauch: Es liegt gar nicht in ihrer Macht, das Wirtschaftswachstum herbeizuregieren, das alle Welt vermisst; die Eigentümerklasse hat zu viel Eigentum mit Anspruch auf Vermehrung akkumuliert, als dass sich dieser Anspruch noch weiter realisieren ließe; und sie hat damit das ganze Gemeinwesen in den Zustand namens Krise hineingewirtschaftet, in dem nichts mehr läuft, weil die Bereicherung dieser Klasse nicht mehr läuft.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 4 oben

Die Jobs der Elite Beruf: Arzt

Das unendliche Geschäft des „Helfens & Heilens“ ist bei uns ein Traumberuf für Schrupp-hälse.

Die herzlichen Beziehungen zwischen Geld & Medizin halten viele, sogar einige aus- oder noch nicht eingestiegene Ärzte, für einen Skandal. Am physischen Elend der Leute verdienen, mit dem unbezahlbar hohen Gut Gesundheit ein Geschäft machen – pfui Teufel! Der Vorwurf ist ungerecht. Womit machen denn ehrenwerte Industrielle hierzulande ihr Geschäft, wenn nicht auch mit der Gesundheit ihrer Lohnarbeiter und einiger Außenstehender noch dazu, die z. B. partout kein Blei vertragen? Worauf verdienen denn deutsche Banken, wenn nicht direkt oder indirekt an der Verarmung der Leute und einem gar nicht gesundheitsförderlichen Leistungsdruck auf sie? Und überhaupt: Seit wann zählt denn beim Geschäftemachen die moralische Qualität des gehandelten Gebrauchswerts? Mit vollem Recht ist das Gewissen der Ärzte so rein wie ihr Steuerberater beschäftigt. Dass mit ärztlicher Kunst und Wissenschaft ein dickes Privatgeschäft zu machen ist, liegt nicht an ihnen – eher schon das jeweilige Verhältnis zwischen beiden Seiten, über das wir aber auch nicht rechten wollen; das erledigen längst berufener Moralisten und im Ernstfall die Gerichte.

Im Großen und Ganzen können Ärzte nichts dafür, dass ihnen ihre Geschäftsbedingung, der Nachschub an Krankenmaterial, nicht ausgeht. Es gibt zahllose Belastungen – und keine davon hat die Ärzteschaft zu verantworten –, denen der Mensch als ziemlich weiches und zerbrechliches Lebewesen nicht so recht gewachsen ist: Bazillen & Arbeit, Verkehrs- & Sportunfälle, Gift & Lärm... Es kommt hinzu, dass der Mensch als Individuum mit eigenem Willen und falschem Bewusstsein allemal schon sein besonderes, selten gesundes Bewältigungsverhältnis zu seinen Gebrechen eingerichtet hat, bevor er zum Arzt geht bzw. wenn er zu ihm gebracht wird. Meist ist es zu spät für eine richtige Heilung, manchmal aber auch viel zu früh, wenn der Patient lamentierend daherkommt. Das alles macht dem guten Doktor das Leben schwer. Der flickt nämlich nicht bloß zusammen oder richtet mit Kunst und Chemie wieder her, was ihm an fertigen Schäden präsentiert wird. Dieses redliche Handwerk verrichtet er zwar auch, so gut er es eben versteht. Zum ärztlichen Berufsbild gehört aber allemal einige Verachtung des „bloßen Knochenflickers“, den es bei allem Medizinerzynismus daher gar nicht gibt. Der Dienst, den ein Arzt leisten will und den der Patient von ihm erwartet und – so gut er kann – fordert, umfasst durchaus eine Erkundung und ein Eingehen auf Krankheitsursachen; in Form einer Krankheitsgeschichte, mit der gleich ein gutes Stück der individuellen Lebensführung aus der Vergangenheit und damit auch gleich für die Zukunft zur Debatte steht.

Es sind nämlich schon längst keine Unbilden der Natur mehr, deren Auswirkungen Ärzte zu pflegen und nach Möglichkeit zu kurieren haben. Was sie in der Physis ihrer Patienten an Gebrechen vorfinden, sind hauptsächlich die Hinterlassenschaften höchst zivilisierter Einwirkungen und Anstrengungen, die zusammen eine ziemlich ungesunde Daseinsgestaltung ausgeht haben. So ist ja sogar das massenhafte Bemühen um eine „natürliche Lebensweise“ aufgekommen, die ihrerseits ihre Spuren hinterlässt, nicht bloß in Form von Knochenbrüchen auf der Skipiste. Regelmäßig führt die Anamnese zu der Erkenntnis, dass eine *durchgreifende* Verbesserung der Gesundheitslage des Patienten *eigentlich* weit mehr umfassen würde als alles, was sich in der Sprechstunde ausrichten und mit den chemischen Fitmachern erreichen lässt, die die pharmazeutische Kunst ausgetüftelt hat – nicht gerade „zum Wohle des leidenden Menschen“. Die populären Mittelchen, mit denen mancher Kunde „wiederhergestellt“ werden will, um gleich wieder für verlangte Dienste in Form zu sein, werden „*nur ungerne!*“ verschrieben, nie ohne Vorladung zu einer „gründlicheren“ Therapie – die absehbarerweise erst stattfindet, wenn es mal wieder ganz „*zu spät!*“ ist. Ein gut betreuter Patient verlässt die ärztliche Praxis bzw. das Krankenhaus nie bloß mit Narben und Rezepten, sondern mit Kritik an seiner bisherigen und Ratschlägen für seine

zukünftige Daseinsgestaltung. Allerdings auch in stillschweigender Übereinkunft mit seinem Doktor, dass sich so sehr viel nicht ändern wird. Denn das ist der Haken an der empfohlenen „gesünderen Lebensführung“, dass sie für den Durchschnittspatienten unpraktisch, hinderlich, zu teuer und mit den Notwendigkeiten des Geldverdienens kaum zu vereinbaren ist – schließlich hat der Mensch sich ja schon vorher nicht aus Jux allerlei Ungesundes angewöhnt. Das Problem, das daraus folgt, ist eines des Patienten; es geht den Arzt praktisch nichts an. Allerdings verrät es einiges über die wirkliche Zweckbestimmung seines Berufes. Nämlich dass die Gesundheit, um die das danach benannte „Wesen“ sich kümmert, *keinen* – geschweige denn selbstverständlichen – *gesellschaftlichen Zweck* darstellt, sondern immerzu *gegen* die selbstverständlichen Erfordernisse und Zwecke des gesellschaftlichen Lebens zum Zweck gemacht werden muss – zum privaten Sonderzweck eben, der dann gar nicht mehr mit den herrschenden Benutzungsverhältnissen kollidiert, sondern mit den privaten Vergnügungen konkurriert. Der Ärztestand, selber eine feste gesellschaftliche Einrichtung, ändert nichts an diesen Selbstverständlichkeiten; er ist ja auch nicht dafür da, die Belastungen zu kritisieren, die die betroffenen Mitmenschen unterschiedlich lange und mit unterschiedlicher Moral aushalten. Der ärztliche Dienst steigt ganz naturwissenschaftlich auf die physiologischen *Ergebnisse* ein und kritisiert darüber hinaus mit Ratschlägen und Pillen die individuellen Lebensgewohnheiten, zu denen sich die Patientenschar die herrschenden gesellschaftlichen Zwänge und Belastungen gemacht hat. Der Arzt ergänzt den gesellschaftlichen Verschleiß von Gesundheit, indem er den Wirkungen dort entgegensteuert, wo sie sich an den Individuen längst niedergeschlagen haben. Zu diesem Gegensteuern gehören Mahnungen und Rezepte nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als Heilen“, die den gesellschaftlichen Verpflichtungen der Leute noch die Absurdität einer *Pflicht gegen sich selbst* hinzufügen.

So zählen die Ärzte von Berufs wegen zu den wichtigen *gesellschaftlichen Autoritäten*, obwohl sie – außer beim Krankschreiben – über kein Stück staatlicher Gewalt verfügen und weder Theologie noch Psychologie studiert haben. Sie sind gegenüber dem Patienten eine wichtige *moralische Instanz*, und das keineswegs nur insofern, als ihre medizinische Fachkunde auf ein ziemlich ahnungsloses Publikum trifft, das an die Diagnose und Therapie *glauben* muss. Dem Patienten gegenüber treten sie als Anwalt *seiner* Gesundheit auf, die doch bloß deswegen den Rang eines verpflichtenden *Lebenszwecks* erhält, weil ihr Verbrauch zu den selbstverständlichen *Lebensbedingungen* eines werktätigen Gesellschaftsmitglieds gehört und weil die private *Kompensation* dieses Verschleißes einen Aufwand erfordert, der einiges an *Einschränkungen* fordert. Glaubwürdig wie sonst keine moralische Instanz kann die Ärzteschaft für sich in Anspruch nehmen, sie wolle mit den von ihr vertretenen zusätzlichen Pflichten doch *nur das Beste* derer, die sie danach richten sollen. Dafür, den hierin enthaltenen Widerspruch zu bemerken, geschweige denn ihn aufzulösen, wird sie nicht bezahlt. Übrigens auch nicht aufgesucht. Patienten bleiben bei dem Arzt, dessen moralische Autorität sie schätzen; deswegen hat ja bekanntlich jeder Patient überhaupt *den besten* Arzt weit und breit.

Manche Ärzte, und vor allem die Funktionäre ihrer Standesorganisationen, die sonst ohnehin nichts zu tun haben, erstrecken diese berufsspezifische Autorität gerne über ihre Patientenschar und deren private Rauch-, Trink- & Essgewohnheiten hinaus auf „die gesellschaftlichen Verhältnisse“, die ja ohne große Schwierigkeiten als die wesentlichen „Krankmacher“ zu identifizieren sind. Das wird insoweit gern gesehen, wie die Mediziner in solchen allgemeiner gehaltenen Warnungen & Ratschlägen die Arbeit und die alltäglich konsumierten Gifte usw. als feste Lebensbedingungen voraussetzen, mit denen ein besserer Umgang, mit Diät & ohne Hetze & Schlafmittel, zu lernen sei. Praktisch einbezogen wird der Ärztestand darüber hinaus von Gesetzes wegen in die Gestaltung und das Management der Sphäre, in der die Gesundheit *produktiv* verschlissen wird – wo sie also in gehörigem Maße da sein und erhalten werden muss, um zweckdienlich verbraucht werden zu können. Die Arbeitsmedizin kümmert sich in diesem Sinne keineswegs bloß

um Unfallopfer & fertige Krüppel, sondern um bandscheibengerechte Schreibschemel und MAK-Werte für Schadstoffe aller Art. Das schadet weder der acht-Stunden-Schicht am Schreibautomaten noch dem ökonomischen Umgang mit nützlichen Giften, sondern macht solche Errungenschaften menschenwürdig. Problematisch wird es dagegen, wenn Mediziner sich für die völlige Beseitigung einer gesellschaftlichen Krankheits- und Todesursache wie etwa des Krieges einsetzen. Falls sie es nicht selber merken, werden sie von den regierenden Herren der Gesellschaft und deren Ideologen im Öffentlichkeitswesen darauf hingewiesen, dass ihre Autorität sich nur auf die Bewältigung der Schäden erstreckt, die die „Lebensrisiken der modernen Welt“ an deren Bewohnern hinterlassen, und dass alles andere eine Grenzüberschreitung aus politischer Voreingenommenheit und Kritiksucht darstellt. Die eigentümliche Berufsautorität der Mediziner beruht nämlich darauf, dass die Anwälte der Gesundheit sich nicht in die übrigen ehrenwerten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und das Treiben der anderen ehrbaren Stände einmischen, sondern stur - borniert helfend bis zum Gehtnichtmehr - dem leidenden Individuum treu bleiben. Ihre physiologischen Kenntnisse haben dann moralisches Gewicht, wenn sie dazu dienen, die dicksten Hämmer unter den bornierten Gesichtspunkt zu subsumieren, dass da die Krankheitsgeschichte des Einzelnen den einen oder anderen Fortschritt gemacht hat. *Darauf* haben die Ärzte mit ihren therapeutischen Bemühungen zu antworten. Deren Maßstab liegt nicht im nachzählbaren Erfolg – da müssten die Mediziner ja vor ihrer Sisyphusarbeit verzweifeln, und umgekehrt würde die tatsächliche Beseitigung zivilisierter Krankheitsgründe ihnen glatt ihre Kundschaft dezimieren. Ihre Antwort auf die gesundheitsschädlichen Wirkungen des „modernen Lebens“ orientiert sich ganz immanent an den Errungenschaften und Forderungen der ärztlichen Kunst und Wissenschaft bei der Reparatur geschädigter Individuen. Die Warnung vor dem Zigarettenrauchen ist durch die moralische Autorität des Ärztestandes voll gedeckt, weil er sich damit in die Lebensführung potenzieller Patienten einmischte, die ihre Pflicht gegen die eigene Gesundheit vergessen; die Warnung vor dem Atomkrieg überschreitet ärztliche Kompetenz, weil sie die Arbeitsteilung zwischen Heilkunst und Staatskunst verletzt. Für die Aufforderung, privat und öffentlich Vorratslager an Jodtabletten und Brandschutzsalbe anzulegen, sind die Doktors dann wieder uneingeschränkt zuständig. So geht die gesellschaftliche Arbeitsteilung für den Medizinerstand bestens auf und in Ordnung: Die Klassengesellschaft sorgt mit ihren verschiedenartigen, friedlichen wie unfriedlichen Ansprüchen ans Menschenmaterial nicht bloß für massenhaftes Krankengut, sondern auch dafür, dass Bazillen und Bandscheiben sich für jeden Betroffenen als sein privates Lebensführungsproblem darstellen; auf dieses und unter diesem Gesichtspunkt steigt die ärztliche Kunst mit Skalpell, Chemie und moralischen Dummheiten sachgerecht ein, so dass das Ganze klappt und der gesellschaftliche Bedarf an verbrauchbarer Gesundheit ebenso auf seine Kosten kommt wie der „leidende Mensch“ in seinem „Unglück“.

Bleibt noch die Umständlichkeit, dem Ärztestand dazu zu verhelfen, dass auch er auf seine Kosten kommt und aus seinen Arbeitsbedingungen eine *Geschäftsbedingung* wird. Denn auch das gehört ja zu den Errungenschaften der „modernen Leistungsgesellschaft“, dass den gesundheitsschädlichen Belastungen, die sie als Privatproblem der Betroffenen organisiert, in der Masse der „Fälle“ gerade keine privaten Finanzmittel entsprechen, mit denen diese sich ärztlichen Beistand kaufen könnten. Ohne Zwangskollektivierung einer der beiden Seiten, entweder der Ärzteschaft oder von ansehnlichen Lohnteilen, geht es da kaum ab. Als marktwirtschaftlicher Freiheitsstall hat die bundesdeutsche Demokratie sich für die letztere Variante entschieden und mit Geldern, die von der großen Masse ohne überschüssiges Geld – bis hinauf zur „Beitragsbemessungsgrenze“ – zwangsweise eingesammelt werden, ein Versorgungsnetz aufgezo-gen, das – zusammen mit der privat versicherten besseren Kundschaft – der Mehrheit der Ärzte den Status selbständiger Klein- bis Mittelunternehmer sichert. Deren Geschäft wird zwar erst durch die hemmungslosen Rechnungen für Privatpatienten so richtig fett; seine solide Grundlage hat es

DEMOKRATISCHE KRITIK IN ZEITEN DER KRISE
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

Die Ohnmacht der Regierung blamiert ihre Erfolgsversprechen. Die denkbar beste Gelegenheit für die Oppositionsparteien also, *dieser* Regierung, dem amtierenden *Personal*, Willen und Fähigkeit abzusprechen, die Nation wieder auf Erfolgskurs zu bringen, und sich mit denselben nationalen Erfolgsversprechen als personelle Alternative ins Gespräch zu bringen. Wie die Regierung dringt die Opposition auf einen noch konsequenteren Einsatz der Staatsgewalt im Dienste besserer Wachstumsbedingungen, nur wendet sie diesen Standpunkt gegen die Regierung. Von wegen also „falsch regiert“! Die Regierungskritiker von der Opposition, die Schröder & Co. Fehler beim Regieren vorwerfen, fordern ein noch entschiedeneres 'Weiter so!' So bringt die demokratische Konkurrenz um die Macht in Zeiten der Krise nur eines hervor: eine fortschreitende *Radikalisierung* des Klassenkampfes von oben.

2. Der Materialismus der besitzenden Klasse gibt die Maßstäbe guten Regierens vor.

Diesen Klassenkampf fordert die Klasse der Eigentümer auf ihre Weise. Die Bourgeoisie stellt an ihren regierenden Ausschuss den Anspruch, dass der gefälligst so zu regieren habe, dass ihre Bereicherung klappt – immerhin: mitten in der Krise! Und sie setzt sich dabei souverän über die finanzielle Notlage hinweg, in der der *Staat* wg. Krise ist. Wo die Regierung nicht umhinkommt, ihren Einsatz für besseres Wachstum unter dem Vorzeichen der staatlichen Haushaltsprobleme zu leisten, die sie zu managen hat, tritt ihr in Gestalt der Wirtschaftsverbände das *Klasseninteresse der Eigentümer* polemisch entgegen und wendet sich gegen die Unkosten der Klassenherrschaft,

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

aber in der Zahl der Krankenscheine, die, relativ unabhängig von den tatsächlich dafür erbrachten Leistungen, einen Zugriff auf den vergesellschafteten Lohnanteil gewähren, den die gesetzlichen Krankenkassen verwalten. Diese Organisation der Gesundheitsversorgung als Unmasse privater *Pfründe* – die passenderweise durch eigene Makler weitervermittelt werden – bringt interessante Konflikte und Fronten mit sich, weil sie das Verhältnis zwischen medizinischem Aufwand und finanziellem Ertrag auf zwei getrennte Verhältnisse verteilt: im Umgang des Arztes mit dem Patienten entscheidet sich sein Aufwand an Arbeit und Kosten, im Abrechnungsverkehr mit den Kassen sein Einkommen. Dem Patienten bringt das den fragwürdigen Vorteil, dass seine medizinischen Bedürfnisse ihr Maß nicht direkt an den Sparbeschlüssen des Sozialstaats finden, sondern an der Geschäftstüchtigkeit, was in diesem Fall heißt: am Patientendurchsatz „seines“ Arztes – mit dem man sich, schon im Interesse einer gelegentlichen Krankschreibung, nach Möglichkeit gut stellt. Der Sozialstaat brockt sich den zweideutigen Nachteil ein, dass er es nicht direkt bloß mit dem Gesundheitsbedarf seiner Massen zu tun bekommt, wenn er sparen will, sondern mit den Einkommensinteressen eines ehrenwerten Standes, gegen den er sich vor mancher Trickbetrügerei versehen muss.

Die Hauptlast tragen natürlich die Ärzte. Die müssen dem Staat gegenüber den Anwalt der Patienten markieren, ohne dass die ihnen ihren dauernden Kleinkrieg mit der Kasse danken. Dem Patienten müssen sie übertriebene Ansprüche abgewöhnen, ohne dass die Kasse das extra honoriert. Und dann soll bei Diagnose und Therapie auch noch nichts schief gehen...
Lesetipp:

Eine *ausführliche Analyse von Theorie und Praxis der Medizin* enthält die Broschüre:

ARGUMENTE GEGEN DIE MEDIZIN

Erhältlich für 5,- Euro bei der SG oder direkt beim GegenStandpunkt-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München, Tel. (089) 2721604; Fax (089) 2721605, e-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de, Internet: www.gegenstandpunkt.com

**Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)**
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

DEMOKRATISCHE KRITIK IN ZEITEN DER KRISE
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 Mitte

gegen „zu viel Staat“, wie es heißt. Dass die Krise und das Regieren in der Krise auch Belastungen für sie mit sich bringen, wollen die Vermögenden überhaupt nicht einsehen. Dass der Staat, der ja immerhin das feine Wirtschaftssystem aufrechterhält, dessen Nutznießer sie sind, Geld braucht, zählt da nicht. Wenn die Regierung bei der krisenbedingt notwendig gewordenen Erschließung zusätzlicher Steuerquellen nicht ganz daran vorbeikommt, sich das Geld zum Regieren in Maßen auch bei denen zu beschaffen, in deren Händen es sich auf wunderbare Weise konzentriert, macht sie sich damit unmöglich. Die Einführung einer Vermögenssteuer, einer Steuer auf Spekulationsgewinne oder auch nur einer Dienstwagensteuer ist ein Skandal. In der Stunde der Not, in der der besitzenden Klasse die Vermehrung ihres Reichtums nicht mehr so recht gelingen will, hätte die Regierung diese Klasse nämlich nicht steuerlich zu be-, sondern zu entlasten. Sie hätte eine *Umverteilung zu Gunsten der Reichen* zu organisieren, öffentliche Mittel für den Not leidenden Mittelstand locker zu machen und gleichzeitig durch allgemeine Steuer- und Abgabensenkungen für die Stimmung im Land zu sorgen, die „die Wirtschaft“ braucht. Denn „wenn nun allgemeine Kaufzurückhaltung eintritt – der Steuer- und Abgabenerhöhung wegen“ (Rheinischer Merkur) – und keinesfalls deswegen, weil das Kapital in der Krise massenhaft Lohnzahlungen storniert –, trägt das ja wohl kaum dazu bei, dass die werten „Konsumenten“ zur Steigerung der Umsatzzahlen mehr Geld in die Zirkulation werfen. Dazu, mehr Geld zu verdienen, will man ihnen natürlich nicht verhelfen. Vielmehr muss endlich der Niedriglohnsektor her, der der Geschäftswelt einen deutlich billigeren Zugriff auf die Ware Arbeitskraft gestattet. Wenn der Staat finanzielle Probleme hat, hätte die Regierung die also anders zu bewältigen als durch Steuer- und Abgabenerhöhungen – und schon gleich nicht durch Steuern, die die Falschen, die Unternehmer treffen! Sie hätte Ausgaben zu streichen, für die freie Unternehmer in einem freien Land sowieso kein Verständnis haben: im Sozialen. Den Vertretern

dieses ehrenwerten Standes ist es völlig selbstverständlich, von der Unzufriedenheit mit dem Gang ihrer Geschäfte zum *Aufruf zur Schädigung* der lohnabhängigen Massen überzugehen; namentlich derer, die von den eher spärlichen Leistungen der Sozialkassen leben müssen. Sie führen öffentlich Klage darüber, dass „das Land über seine Verhältnisse lebt“, und denken beim Gürtel, der enger geschnallt werden soll, nicht an ihren Fettwanst, sondern an ein Kassenwesen, das mit verstaatlichten Prozentsätzen des Lohns, den sie für rentable Arbeit zahlen, Leute ernährt, die gar nicht zur Mehrung ihres Reichtums beitragen. Und was müssen sie sehen? Statt die Sozialbeiträge zu senken und damit ihren Beitrag zur Senkung des Lohnniveaus zu leisten, beschließt die Regierung glatt eine Erhöhung des Rentenbeitrags um ein halbes Prozent. Das ist ein „gezielter Schlag“ gegen die Wirtschaft, die diese Erhöhung nicht nur mitzubezahlen hat, sondern ein Recht darauf hat, dass die Regierung dem segensreichen ‘Sachzwang’ einer sinkenden Lohnsumme Rechnung trägt, die sich bei der Rentenkasse als Finanzierungsproblem bemerkbar macht, und ihn gegen die ausrangierten Bestandteile der Lohnarbeiterschaft durchsetzt. Im Gesundheitswesen ist es dasselbe: Was brauchen Leute einen staatlich subventionierten Zahnersatz, die ihn sich selber gar nicht leisten könnten, meint ein Arbeitgeberpräsident, der um Vorschläge nicht verlegen ist, wie sich durch die Streichung von Versorgungsleistungen für eine weitere Verbilligung der Volksgesundheit sorgen ließe; schließlich handelt es sich bei der im Grunde auch nur um einen Posten einzusparender Lohnnebenkosten. Wenn die Regierung allerdings meint, ein bisschen auch darauf bestehen zu müssen, dass der Stand selbständiger Ärzte und die Pharmakonzerne, die aus den eingezahlten Kassenbeiträgen ein Geschäft zu machen verstehen, bei der Verbilligung der Volksgesundheit kein Hindernis sein dürfen, dann geht das schon wieder in die verkehrte Richtung. Im Übrigen redet sie ja nur von „mehr eigener Verantwortung“, statt endlich durchzusetzen, dass jeder so viel Gesundheit bekommt, wie er sich leisten kann. *Dafür*, zur Durchsetzung ihres Interesses gegen ihr Ausbeutungsmaterial und dessen ge-

der Widerspruch, der den Europäern auf den Nägeln brennt: bei den „Ordnungsprojekten“ der „unipolaren“ USA mitmachen zu wollen, wo die doch von eben ihrer „Unipolarität“ keinen Deut abrücken. Da sendet der Kanzler noch mitten im Krieg das Signal, das bei demokratischen Publizisten gut ankommt: Er will nun endgültig gelernt haben, dass Deutschland – Krise hin, wegbrechende Staatseinkünfte her – an einer „Aufstockung des Militärhaushaltes“ nicht vorbeikommt. Und überhaupt muss die *europäische* Militarisierung gehörige Fortschritte machen, wozu eine „Harmonisierung der Militärapparate und der Rüstungspolitik in Europa“ (SZ, 4.4.) gehört. Die demokratische Öffentlichkeit vermerkt, dass dies inmitten „wegbrechender Staatseinnahmen“ und „leerer Kassen“ doch wohl ziemlich mutig ist, und denkt gleich konstruktiv weiter: „Europa muss aufhören zu klagen und stattdessen handeln. Eine U-Boot-Flotte zu viert, eine Luftwaffe der Kerneuropäer inklusive Großbritannien“ (ebenda). Diesem ‚Ja‘ zu einem eindrucksvollen Gewaltapparat folgt jedoch die Kritik auf dem Fuß, ist doch der Mangel an diesem Aufbruch Europas unübersehbar: Wenn das neue „Kerneuropa“ erst einmal nur „zu viert“ losgeht – Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg – und man England dafür erst noch gewinnen muss, dann zeugt das von der tiefen *Zerstrittenheit* Europas. Andererseits bekommt man nun jeden Tag zu lesen, dass „es“ so nicht weitergehen kann: Gegen die gewalttätige Übermacht der USA in der Konkurrenz kann Europa nur bestehen, wenn es eine „angemessene Antwort“ findet – der Kanzler hat die Richtung gewiesen. Aus diesem Krieg muss Europa also endgültig lernen: Es muss selber Kriege führen können. Das ist die zentrale Frage Europas: Daran zerstreuen sich die Staaten Europas entweder ein für allemal – oder es entsteht das „neue Europa“, wie es Schröder und Chirac verstehen.

Radio Lora vom 14.04.03

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GegenStandpunkt in Radio Lora können nachgelesen werden unter:

<http://gegenstandpunkt.lora924.de>

werkschaftliche Vertretung, ist nach dem Geschmack dieser Nutznießer des Systems natürlich nicht „zu viel Staat“ in der Welt, sondern entschieden zu wenig. Und sie dürfen sich sicher sein, dass ihnen diese Anspruchshaltung niemand verübelt, dass sie mit ihr vielmehr für kompetent gelten in der Frage, was das Gemeinwesen an „Reformen“ braucht.

3. Die demokratische Öffentlichkeit buchstabiert dem gemeinen Volk unter Berufung auf die Zumutungen, die ihm die Regierung auferlegt, sein Recht auf eine Regierung vor, die es mehr rannimmt.

Das Volk wird bei seiner Meinungsbildung über den Laden, in dem es arbeitet und Steuern zahlt, auch in der Krise nicht alleine gelassen. Presse, Funk & Fernsehen stehen bereit, um die Betroffenen der Krise und ihrer politischen Bewältigung geistig bei Laune zu halten und so lange zu bearbeiten, bis sie sich als Auftraggeber all dessen verstehen und ansprechen lassen, was ihnen zugemutet wird. Das ist sich die Demokratie offenbar schuldig. Nur, wie geht das eigentlich? Wie kriegen es die demokratischen Meinungsbildungsinstitute hin, die Leute dafür einzunehmen?

Angesprochen wird das Volk tatsächlich in seiner Rolle als geschädigtes Opfer. Die Bildzeitung, das Blatt für die kleinen Leute, bringt es auf dem Feld zu einer gewissen Meisterschaft. Sie zettelt eine regelrechte Kampagne gegen die amtierende Regierung an: „Steuern! Schulden! Arbeitslosigkeit! – Kanzler, uns reicht’s!“ Sie lässt brave Krankenschwestern und Bauarbeiter anhand ihres Lohnzettels vorrechnen, um wie viel *ärmer* sie der Staat gemacht hat, erinnert ihre Leser also ausdrücklich an die *Lasten*, die ihnen von ihrer Obrigkeit auferlegt werden – und bietet ihnen so einen Gesichtspunkt an, unter dem sie sich einklinken können in ein allgemeines Beschwerdewesen über eine Regierung, die „nur abkassieren“ kann. Damit ist die Agitation bereits einen entscheidenden Schritt weiter gekommen – von den Belangen der Angesprochenen weg, hin zu den Sorgen, die sie sich machen sollen. Denn um die Belastungen, die Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller zu tragen haben, geht es primär schon nicht mehr, wenn die Öffentlichkeit der „Wut der Deutschen“ über ein „ausuferndes Steuer- & Abgabewesen“ und einen „viel zu hohen Staatsanteil“ Ausdruck verleiht. Endgültig nicht mehr um die Geldsorgen der „kleinen Leute“ geht es, wenn sie der Klage darüber, dass „jeder zweite Euro vom Staat kassiert wird“, ihre Interpretationen hinterherschickt, was daran der eigentliche Skandal ist: nämlich zum einen, dass *bei den Falschen* abkassiert wird; zum anderen, dass es *die falsche Regierung* ist, die abkassiert. Erst wenn diese Beschwerde übers Abkassieren in mindestens eine dieser beiden Richtungen einmündet, liegt das Volk mit ihr richtig. Und damit es diese Kurve auch hinkriegt, wird ihm mit allen möglichen ‘Argumenten’ hilfreich zur Seite gestanden, die es in den zahlreichen Eigenschaften ansprechen, in denen es eingespannt ist und in der Krise mehr rangenommen wird: als Steuer- & Beitragszahler, als Patient & Rentenempfänger, als Arbeitsplatzinhaber oder -suchender.

Kaum beginnt man im Kreis der Regierung über eine *Dienstwagensteuer* auch nur laut nachzudenken, schon steht in dieser Republik eben nicht nur eine besser verdienende Elite auf der Matte, sondern mit ihr eine kritische Öffentlichkeit, die erläutert, warum eine solche Steuer in die ganz verkehrte Richtung geht. Der Normalsterbliche, der nie in den Genuss eines Dienstwagens kommt, braucht nicht zu meinen, dass ihn diese Steuer ausnahmsweise einmal nichts angehe; und schon gleich nicht, dass es bei dieser Steuer die Richtigen trifft. Ihm wird auf die Sprünge geholfen, eine Brücke gebaut, mühsam hinkonstruiert von einer Steuer auf den repräsentativen Luxus der Elite hin zu der Art von Sorgen, die ihn plagen: Bei den Herstellern der Karossen und deren Zulieferern, wird ihm vorgerechnet, wären womöglich *Arbeitsplätze* gefährdet, wenn es bei denen wegen so einer Steuer zu Umsatzeinbrüchen käme. Dezent darauf hingewiesen, wer hier mit seiner lächerlichen Einkommensquelle die abhängige Variable von wessen Geschäftserfolg ist, wird ihm die Einsicht nahe gebracht, dass er sich diese Steuer im Grunde gar nicht leisten kann. Und sitzt dieses ‘Argument’ erst einmal, ist auch klar, wo das Abkassieren wirklich unerträglich und uneingeschränkt beklag-

enswert ist – natürlich dort, wo wir alle betroffen sind, wo es die Vermögenden trifft:

„Kein Plan der Regierung könnte so dramatische Folgen haben wie der Versuch der SPD-Länder, die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Sie belastet nicht den Ertrag eines Unternehmens, sondern dessen Substanz. Das kann nicht gut gehen... viele Mittelständler wandern ab, Kapital flieht.“ (Der Spiegel Nr.49)

Der Kommentator ist sich sicher, dass das Stichwort vom Kapital, das flieht, auch ohne Erwähnung der vielen Arbeitsplätze, die dann gefährdet wären, als Hinweis auf *unser aller Lebensmittel* verstanden wird. Nicht auszudenken, wenn die wahren Leistungsträger der Nation, ihre Nutznießer, die dem gemeinnützigen Beruf der privaten Bereicherung nachgehen, ihr Bündel schnüren und ihr Kommando über die Arbeit im Ausland ausüben! Die Folgen einer Mehrbelastung all derer, die kein Vermögen vorzuweisen haben, sind da weit weniger „dramatisch“; schließlich müssen sie von ihrem Geld nur leben.

Als Steuerzahler und Lohnabhängiger personalidentisch und in beiden Eigenschaften als nützliche Idioten höherer Interessen angesprochen, werden den Leuten die absurdesten Nutzen- und Schadensabwägungen aufgeschwatzt: Statt weiter den „bequemeren Weg“ des Abkassierens zu gehen, sollte die Regierung dem Volk lieber die zur Genesung der Wirtschaft schon längst „notwendigen harten Einschnitte“ verordnen. Als Volk bringt man das hin, indem man bei Wirtschaft an uns alle denkt, bei Bequemlichkeit an die viel zu komfortable Lage der viel zu vielen Kostgänger des Sozialstaats, mit denen es sich die Regierung angeblich nicht verscherzen will – ansonsten braucht man nur stur als Beitragszahler weiterzudenken.

Es ist schon interessant, zu welchen ideellen Kollektiv- und Frontenbildungen die Leute in dieser neuen Eigenschaft über welche wirklich existierenden Kollektive und Fronten hinweg ermuntert werden. Verbänden dürfen sich Herr & Frau Beitragszahler mit den Unternehmern z.B. in der Forderung nach einer Verbilligung der Volksgesundheit, durch die sie für die Unternehmer billiger werden. Begreifen dürfen sie diese Verbilligung als Akt der Befreiung von einer staatlich verordneten ‘Zwangssolidarität’ mit den Kranken, die sie „mitschleppen“ müssen. Für abhängig Beschäftigte, die, als Beitragszahler angesprochen und gegen die Kranken aufgehetzt, *ihresgleichen* für die Beiträge verantwortlich machen dürfen, die sie zahlen müssen, und über die „Übersorgung“ schimpfen dürfen, auf die die Kranken – also im Zweifelsfall sie selber – als minderbemittelte Leistungsempfänger der Krankenkasse angewiesen sind, eröffnet sich da eine Riesenperspektive. Endlich werden sie nicht mehr „geschöpft“ und „gegängelt“ durch ein Gesundheitssystem, das im Prinzip jedem ohne Ansehen seines Einkommens ein Pflaster oder eine Behandlung bezahlt hat. Endlich können sie sich eigenverantwortlich sogar für „niedrigere Tarife“ entscheiden; mit und ohne „Bonus-system“ und mit der speziell auf sie und ihren Geldbeutel zugeschnittenen Zuzahlung, die den Krankheitsfall dann richtig teuer macht. Nach demselben Muster lässt sich natürlich auch eine Erhöhung des Rentenbeitrags als neuester Schlag in einem „Generationenkrieg“ begreifen. Einem Krieg, in dem „die Jungen“, die (arbeitgebender- oder arbeitnehmenderweise, was spielt das für eine Rolle) das Geld verdienen, unter Beihilfe einer Regierung, die hier schon wieder lieber den „bequemeren Weg“ des Abzockens geht, von den Alten ausgeplündert werden: So „*schleppt ein Erwerbsstand, dessen Kräfte immer erkennbarer schwinden, einen von Jahr zu Jahr an Umfang und Gewicht zunehmenden Genussstand.*“ (A. Kilib, FAZ) Dass in einer kapitalistischen Krise die Rentner als nutzlose Figuren ebenso wie die Arbeitslosen mit als Erste das Recht auf einen Lebensunterhalt verloren haben, weil in der Einsparung dieser „konsumtiven Kosten“ eine Chance zur Haushaltssanierung und „Revitalisierung der Marktwirtschaft“ liegt, das ist für demokratische Schriftsteller selbstverständlich, ja banal, und wäre, so gesagt, ja irgendwie ehrlich brutal: Rentner sollen sich mit ihrem Ausscheiden aus dem „Erwerbsleben“ sozialverträglich ins Jenseits abmelden und nicht mit ihrem Gnadenbrot dem Staat und der Wirtschaft auf der Tasche liegen. Moralisch bildend wird derselbe gemeine Imperativ der Rentenkürzung aber, wenn er als Auftragswerk einer

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

„MULTIPOLARITÄT“ - EINE EUROPÄISCHE LEHRE AUS DEM KRIEG:...
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

mern, die wollen doch bloß „unsere“ humanitäre Gesinnung ausnutzen. Aber nach diesem Vorgeplänkel kommt gleich der Klartext: Frankreich und Deutschland wollen selbstverständlich bei den *imperialistisch bedeutsamen* Entscheidungen und deren praktischer Umsetzung dabei sein, und dazu zählen das Verbinden von Verwundeten und das Ernähren von Hungernden nun mal nicht. Da geht es vielmehr darum, dass deutsche bzw. französische Kapitalisten ihren Anteil an den nun anstehenden Aufträgen, sei es beim Öl, sei es beim Reparieren der Infrastruktur, abkriegen, und da geht es insbesondere darum, dass man in irgendeiner Form wirklich *Ordnungsaufgaben* übernimmt, die für die künftige Gestaltung des Staates Irak und der Region wichtig sind, mit denen man sich fest etabliert und aufgrund deren man in Zukunft nicht übergangen werden kann – und das heißt nichts anderes, als dass man an der vor Ort erforderlichen „friedensschaffenden“ *Gewaltausübung* beteiligt ist; die Verhandlungen über verschiedene „Modelle“ gehen ja gerade los. Es geht um die höchsten Güter in der Welt des Imperialismus: *Geschäft und Gewalt*. Staaten, die in dieser Welt etwas zählen wollen, verlangen von ersterem möglichst viel für ihre Kapitalisten, und von letzterer müssen sie so viel aufbieten können, dass ihre Konkurrenten sie beim Einrichten der *Geschäftsbedingungen* nicht übergehen können. Wenn Amerika nun mal dort „die Region ordnet“, wie es jetzt heißt, dann muss man unbedingt in *dieser* Hinsicht an Einfluss gewinnen und muss alles dafür tun, dass man nicht an den Rand gedrängt werden kann. Die Forderung nach einer „multipolaren Welt“ bedeutet also zum einen: Deutschland und Frankreich beanspruchen Mitsprache bei der neuen Weltordnung. Sie enthält allerdings zugleich ein Eingeständnis: *Gegen* die „Unipolarität“ der USA eine eigene „Unipolarität“ zu setzen, ist den Europäern nicht möglich, *gegen* die USA kann man nicht konkurrieren, sie müssen einen schon „mitnehmen“. Das ist

DEMOKRATISCHE KRITIK IN ZEITEN DER KRISE
Fortsetzung von Seite 3, Spalte 4 unten

Figur namens Beitragszahler daher kommt; erst dann ist er reif für seine demokratische Veröffentlichung: Arbeiter und Rentner sollen sich nicht begreifen als Angehörige derselben Klasse unterschiedlichen Alters, als Betroffene desselben Systems, in dem Leute ihres Schlages von der Wiege bis zur Bahre als Kostenfaktor verfolgt werden. Als Beiträge zahlende Arbeitnehmer sollen sich die Leute vielmehr als Opfer schmarotzender unnützer Alter begreifen, denen die Regierung noch viel zu viel „Genuss“ erlaubt – nämlich zu leben, obwohl sie gar nicht arbeiten. Genau da, wo die Beschwerde über „zu hohe“ Beiträge zielsicher in einen Antrag an die Regierung mündet, sie möge die Rentner doch bitte vermehrt und vorzugsweise zur Sanierung von Haushalt und Wirtschaft heranziehen, darf das Anliegen, „mehr in der Tasche“ haben zu wollen, auf Verständnis rechnen. Woanders ist dieses Anliegen natürlich fehl am Platz.

Wenn Gewerkschaften das immer noch nicht umstandslos einsehen wollen und aus mindestens ebenso viel nationaler wie sozialer Verantwortung darauf insistieren, dass ihr Bild von einem *Gemeinwesen*, für das *wir alle* Opfer bringen, von der Regierung nicht gänzlich zerstört wird –

„was wir nicht brauchen, ist ein Lohnverzicht zu Gunsten der reichsten Grundbesitzer im Land. Was wir nicht brauchen, ist Sparen zu Gunsten der Familie Holtzbrink, mit einem geschätzten Familienvermögen von 5-6 Milliarden Euro“ (Verdi-Chef Bsirske, SZ, 13.12.) –

dann wird ihr Einsatz für das Mindestmaß an „sozialer Gerechtigkeit“, das sie für nötig halten, um die klassenstaatliche Realität demontieren zu können, prompt empört zurückgewiesen: Wer so etwas sagt, hefte den Reichen „eine neue Form von Stern an die Brust“. (Ministerpräsident Koch, SZ) Wo leben wir denn, muss sich der christliche Landesvater gedacht haben, natürlich ist Lohnverzicht und Sparen zugunsten der Reichen angesagt. Wie soll denn die Wirtschaft sonst auf die Beine kommen? Wenn das Sozialneid schürende Gewerkschaftsführer nicht anerkennen wollen, dann muss man ihnen gegenüber auch einmal die dickste Moralkule auspacken. Bezeichnenderweise muss er sich anschließend für seinen Nazi-Vergleich nicht bei den Gewerkschaften entschuldigen, sondern bei der Jüdischen Gemeinde, die ihre Zuständigkeit in Fragen der rechtmäßigen Anwendung dieser Moralkule verletzt sieht. Denn ansonsten liegt er mit seinem mutigen Einsatz für den Klassenstaat natürlich genau richtig.

Dieser Auffassung ist jedenfalls ein Blatt wie der Spiegel, das zwar keine Postille des Arbeitgeberverbandes ist, aber, wenn es darauf ankommt, wie eine solche argumentiert. Dass es mit der Nation nicht aufwärts geht, also das Volk immer noch nicht genügend rangenommen wird, kann es sich nur so erklären, dass ein unternehmerfeindlicher Standpunkt in der BRD regiert. Ihm ist glasklar, warum Schröder „von einer kräftezehrenden Modernisierungspolitik, die gegen allerlei Widerstände durchgesetzt werden müsste, wenig wissen (will). Was vom einstigen *Credo* noch geblieben ist, treiben ihm die *Genossen* Gewerkschaftsbosse, die sich zu einer Art *Nebenregierung* aufgeschwungen haben, in *Kungrunden* aus.“ (Der Spiegel, Nr. 47)

Dem gedeihlichen Zusammenwirken von regierender Sozialdemokratie und Gewerkschaften könnte man zwar durchaus auch etwas ganz anderes entnehmen – wie sehr sich diese Gewerkschaften für eine Krisenpolitik zu Lasten ihrer Klientel einspannen und benützen lassen, wenn ihnen die Regierung nur ein gewisses Maß an Mitsprache *beim* Wegstreichen und Kürzen einräumt. Aber das würde ja nicht erklären, warum es mit den für notwendig erachteten „Strukturreformen“ nicht vorangeht. So wird agententheoretisch ein Feindbild von Gewerkschaftsbossen errichtet, die mit ihren machtvollen Seilschaften den Staat unterwandert haben, von „roten Gralshütern“ in Gestalt von Parlamentarischen Staatssekretären, die „Einfluss auf die Politik“ nehmen, und von einer willfährigen Regierung, die viel zu kraftlos ist, sich „gegen allerlei Widerstände durchzusetzen“. Mit „Konsensdemokratie“ wird die Vorstellung evoziert, die Regierung ließe sich um des lieben sozialen Friedens willen von den Gewerkschaften und allen möglichen anderen Interessengruppen lauter Konzessionen abhandeln und versäume es darüber, die fällige sa-

Die SG veranstaltet regelmäßig am letzten Mittwoch des Monats einen Diskussionstermin. Näheres unter www.sozialistischegruppe.de

Diskussion

am Mittwoch, 28. Mai 2003, 20.00 Uhr
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen

Die Gesundheit – das höchste Gut?

„Und vor allem Gesundheit“ wird gewünscht anlässlich von Geburtstagen, Jubiläen und ähnlichen Gelegenheiten. Besonders bei kleineren und größeren Unglücken aller Art soll man froh sein und sich damit trösten, dass man „immerhin gesund geblieben“ sei. Gesundheit gilt allenthalben als die Hauptsache und das größte Glück schlechthin. Das ist schon seltsam: Die eigentlich eher schlechte Tatsache, über funktionierende Knochen und Organe zu verfügen, soll schon Zufriedenheit auslösen, ganz gleich, was man sich im Leben mit Hilfe seiner Körper- und Geisteskräfte an Erfreulichem erlauben kann – oder auch nicht. Sicher, einem Kranken ist alles verwehrt. Mit einer kaputten Wirbelsäule kann man keine Bäume mehr ausreißen, und ein Zuckerkranker muss auf Torten verzichten. Dennoch ist ein intakter Körper nichts weiter – als die bloße Voraussetzung, sich alle möglichen Zwecke zu setzen und zu realisieren. Gesund zu sein ist einfach Bedingung für so unterschiedliche Dinge wie Fußballspielen und zur Schicht antreten, mehr aber auch nicht. Wieso kommt es hierzulande immerzu derart auf diese Bedingung Gesundheit an, dass sie sogar wichtiger sein soll als das, was den Leuten sonst an „Glück“ oder „Unglück“ zuteil wird? Das Aufheben, das bei uns um die Gesundheit gemacht wird, tut so, als wäre z.B. ein funktionierender Magen erfreulicher als der Genuss des Schnitzels, das der Magen verarbeiten soll. Das hat natürlich seinen Grund; bloß keinen guten.

Krankheit – ganz normal?

Noch jeder weiß, dass seine Wirbelsäulenbeschwerden und Sehnen-scheidenentzündungen mit seiner Arbeit zu tun haben und dass ihm Stress im Betrieb auf den Magen und die Nerven schlägt. Mit Krankheiten wird sogar laufend fest gerechnet. Es gilt im Grunde als ziemlich „normal“, nach kürzerer oder längerer Berufsarbeit die verschiedensten Verschleißerscheinungen aufzuweisen. Bloß: Wieso soll das eigentlich normal und selbstverständlich sein? An Arbeit überhaupt, einmal schlicht als zweckmäßiger Einsatz von Muskeln und Gehirn für die Herstellung nützlicher Sachen betrachtet, kann der Gesundheitsverschleiß gar nicht liegen. In einer Gesellschaft, in der die Leute den Zweck haben, lauter nützliche Dinge für ihre Bedürfnisse herzustellen, wäre es absurd, die dazu nötige Arbeit so anstrengend einzurichten, dass die Gesundheit der Mitglieder dabei draufgeht. In einer solchen Gesellschaft wäre es schwachsinnig, die menschlichen Körperkräfte so zu verausgaben, dass man die Früchte der eigenen Bemühungen gar nicht mehr recht genießen kann. Über Gesundheit bräuchte man da also gar nicht groß zu reden. Dass demgegenüber hierzulande Gesundheit als das „höchste Gut“ gilt, ist kein Zufall, denn:

Gesundheit wird gebraucht, weil sie verbraucht wird.

Im Kapitalismus sieht die Sache so aus, dass bei der Arbeit die Ruinierung der Leute notwendig eingeschlossen ist. Marktwirtschaftliche Unternehmen lassen alle möglichen nützlichen Dinge allein deshalb produzieren, um daraus ein *Geschäft* zu machen. Ihnen geht es also nicht um die Versorgung der Gesellschaft mit der benötigten Vielfalt von Gebrauchsgütern, sondern um die Vermehrung ihres Reichtums in der Form von Geld. Dazu stellen die Eigentümer von Produktionsmitteln und Geld Arbeitskräfte für Lohn ein, auf dass die sich für das beabsichtigte Geschäft lohnen. In ordentlichen Gewinnen soll sich die Verausgabung menschlicher Körperkräfte niederschlagen. Dementsprechend sehen die Anforderungen und die Bedingungen an den kapitalistischen Arbeitsplätzen aus. Je mehr Leistung den

moderne Politik auf Kosten der Massen durchzusetzen.

Die höhere Form der demokratischen Agitation spricht 'die Menschen' also gleich in ihrer Eigenschaft als Volk an, das in diesem Sinne fordernd gegen seine Regierung auftritt. Sie unterstellt den politischen Grundkurs als erfolgreich absolviert, in dem jedem Bürger für die spezielle Betroffenheit und Schädigung durch das Regierungshandeln ein Gesichtspunkt an die Hand gegeben wird, aus dem heraus er seinen Antrag auf noch entschlosseneres und radikaleres Regierungshandeln formulieren kann; sie geht also von Leuten aus, die sowieso nichts anderes mehr im Sinn haben als den Erfolg ihrer Nation:

„Die Menschen wissen sehr gut, dass es nicht so weitergeht. Sie haben den Defätismus satt, sie warten auf eine unerbittliche Analyse, auf die Stunde der Wahrheit also, auf eine klare Ansage und auf Zumutungen für alle. Sie warten auf das Personal, das den Mut dazu hat.“ (H. Prantl, SZ)

'Die Menschen', die da quasi zitiert werden, um sie mit ihrem eigenen Zitat anzusprechen, sind Untertanen, wie man sie sich als Mitglied der meinungsbildenden Zunft und Demokrat nur wünschen kann. Und man beglückwünscht sie dazu, dass sie so sind. Als Bürger mit materiellen Interessen sind sie sozusagen restlos in ihrer 2. staatsbürgerlichen Natur aufgegangen. In der halten sie nur eines nicht aus: die

Arbeitern abverlangt wird, je mehr sie sich verausgaben, desto mehr rentieren sich die Lohnkosten für den Unternehmer, desto größer ist der Gewinn in seinen Händen. Und weil in den Augen der Kapitalisten die Ausschaltung von Lärm, Dreck und Gift Unkosten mit sich bringt, die sich nicht bezahlt machen, muss der Arbeiter damit obendrein fertig werden. Im Kapitalismus ist somit die Vernutzung der Gesundheit bei der Anwendung von Arbeitskraft garantiert.

Dass die Leute erkranken, ist zwar Folge der Beanspruchung durch das Kapital, geht die Unternehmer selber aber nichts an. Ebenso wie es das private Problem der Arbeiter ist, den Anforderungen des Kapitals auch nachzukommen – wer sich vor den betrieblichen Leistungserwartungen blamiert, fliegt von der Lohnliste –, so ist es auch ihre Privatangelegenheit, ausreichend Gesundheit für ihre Beanspruchung in Fabrik und Büro zur Verfügung zu stellen. Wer da zu krank ist und deshalb die verlangte Leistung nicht bringt, fliegt ebenfalls, ist also mit dem Lohn auch seinen Lebensunterhalt los. Gemäß dem in der Marktwirtschaft gültigen Zweck der Reichtumsvermehrung in der Form von Kapital verbraucht das Kapital mit der Benutzung der Arbeitskraft die Gesundheit der Arbeiter. Und die Arbeiter brauchen sie, um sie dem Kapital zur Verfügung stellen zu können. Es fällt in ihre persönliche Zuständigkeit, beständig für ihre Gesundheit zu sorgen. Eine unlösbare Aufgabe, per privater Bemühung die Folgen des gesellschaftlich erzwungenen Gesundheitsverschleißes ungeschehen zu machen!

Wo die Gesundheit so teuer ist, ist guter Rat billig.

Die ganze demokratische Öffentlichkeit strickt eifrig mit an der Lüge, jeder habe es selber in der Hand, bei guter Gesundheit zu bleiben. Beim Bemühen um Gesunderhaltung wird den Leuten Unterstützung von allen Seiten geboten. Kein Tag ohne entsprechende Tipps in Zeitung und Fernsehen. Dieses und jenes Mittel, der eine oder andere Sport, besondere Diäten etc. werden angepriesen. All das soll „Wunder“ wirken. Mal abgesehen davon, dass die Leute diese gut gemeinten Ratschläge sich zwar zu Herzen nehmen, mangels Zeit, Geld und Lust aber kaum in die Tat umsetzen können – die ganzen Tipps taugen nichts. Wie sollte denn auch eine Überbeanspruchung z.B. der Wirbelsäule mit den entsprechenden Folgen in Form von Verschleißerscheinungen anders beseitigt werden als durch die Beseitigung der Überbeanspruchung? Mit Gymnastik, Vitamin E etc. kriegt man doch die Knochen nicht wieder hin! Den ganzen Gesundheits-experten ist der Verbrauch der Gesundheit durch die Beanspruchung von Muskeln, Organen, Nerven und Gelenken durch die Lohnarbeit selbstverständlich. Diese Spezialisten halten es geradezu für natürlich, dass die Leute mit den Körperkräften gehörig Gesundheit abzuliefern haben. Ihre ganzen Tipps leben dann von der Lüge, es läge ganz an der eigenen Anstrengung um das „höchste Gut“ Gesundheit, die per *Lohnarbeit* systematisch herbeigeführte Ruinierung der Physis ungeschehen bzw. unwirksam zu machen.

Warum ist also hierzulande Gesundheit das höchste Gut, vor allem der kleinen Leute? Garantiert nicht, weil sie die für lauter vergnügliche Sachen brauchen könnten: Dann wäre das Lobpreisen der Gesundheit ja auch blöd – welcher Fußballer lässt schon seine Gesundheit hochleben anstelle seiner geschossenen Tore? Was die Leute aber mit ihrem eigenen Körper für ihre eigenen Zwecke anzustellen hätten, zählt hierzulande überhaupt nicht. Gesundheit – und das heißt eine intakte, strapazierfähige Arbeitskraft – ist ihr einziges „Kapital“, das sie für ihren Lebensunterhalt dem wirklichen Kapital zum Verbrauch überlassen müssen. Und das ist wirklich sehr ungesund.

der Wiederkehr eines Führerstaates keine praktikable Regelungen für den innenpolitischen Ernstfall geschaffen. Niemand wird heute eine demokratische Diktatur fordern. Aber was wird, wenn die normalen Verfahren nicht mehr greifen?“ (Arnulf Baring, FAZ)

Natürlich muss man sich in der Demokratie die Forderung nach einer Diktatur verbieten; sogar die nach einer demokratischen Diktatur. Aber was soll man fordern, wenn man zu der Auffassung gelangt, dass die Demokratie mit ihren umständlichen Verfahren im Ernstfall dem Staat zu viele Fesseln auferlegt und „jede energische Konsolidierung verhindert“? So sinniert ein Mann über praktikablere Herrschaftsverfahren, dessen Hauptbedenken gegen die demokratische Wirklichkeit in der Bundesrepublik darin besteht, dass sie mit ihren „permanenten Plebisziten von 16 Landtagswahlen“ Politiker hervorbringt, die sich zwecks Stimmengewinns dem Volk anbiedern. Wenigstens Figuren mit gescheitern Führerqualitäten an der Macht wird man in der Demokratie ja wohl fordern dürfen!

Gekürzter Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT 1-03;

erhältlich beim Gegenstandpunkt Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München, Tel.(089) 2721605 Fax.(089) 2721605 e-mail: gegenstandpunkt@t-online.de oder im Buchhandel: ISSN 0941-5831